



Walter Kolbow

Mitglied des Deutschen Bundestages
Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion
Parlamentarischer Staatssekretär a.D.

Walter Kolbow, MdB · Deutscher Bundestag · 11011 Berlin

Herrn
Gert Flegelskamp

Deutscher Bundestag

11011 Berlin
Tel.: (030) 227 73158
Fax: (030) 227 76244
walter.kolbow@bundestag.de

Wahlkreis

SPD-Bürgerbüro
Semmelstraße 46
97070 Würzburg
Tel.: (0931) 55225
Fax: (0931) 15387
walter.kolbow@wk.bundestag.de
www.walter-kolbow.de

Berlin, 28.08.2006 IK

Sehr geehrter Herr Flegelskamp,

Sie haben sich wie viele Bürger und Bürgerinnen wegen des Israel-Libanon-Krieges an die SPD-Bundestagsfraktion gewandt, um Ihrer Sorge über diesen neuerlichen Konflikt im Nahen Osten Ausdruck zu geben.

Ich hoffe, Sie haben Verständnis dafür, dass wir die Vielzahl von Anrufen, E-Mails und Briefen nicht alle individuell beantworten können. Mit den folgenden Ausführungen möchte ich Ihnen die Position der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag zum aktuellen Konflikt darlegen.

Wir haben die Eskalation der Gewalt im Nahen Osten mit großer Sorge verfolgt. Die SPD-Bundestagsfraktion hat die Konfliktparteien von Beginn der Auseinandersetzung an zur Einstellung der Feindseligkeiten und zur Beachtung der Verhältnismäßigkeit der Mittel aufgerufen.

Mit großer Erleichterung haben wir registriert, dass sich der UN-Sicherheitsrat nach langen und schwierigen Beratungen auf eine Resolution einigen konnte, die beide Konfliktparteien zur sofortigen Waffenruhe auffordert und die von den Konfliktparteien auch akzeptiert wurde.

Für die Menschen in Israel und im Libanon hoffen wir darauf, dass das Schweigen der Waffen kein uneingelöstes Versprechen bleibt.

Aber wir wissen auch, dass es von einem labilen Waffenstillstand bis zu einer Befriedung ein sehr weiter Weg ist, der ohne die Unterstützung der Weltgemeinschaft nicht gangbar ist.

Der deutsche Außenminister Frank-Walter Steinmeier trägt mit seiner intensiven Diplomatie auch in der Region maßgeblich dazu bei, dass Deutschland als wichtiger und vertrauensvoller Partner *von allen* Konfliktparteien wahrgenommen wird.

Für die SPD-Bundestagsfraktion ist das Existenzrecht Israels seit jeher eine der Grundlagen ihrer Außenpolitik. Wir begrüßen, dass dies auch ein großer Teil der arabischen Nachbarn Israels inzwischen akzeptiert, darunter selbst eine Mehrheit der Palästinenser.

Der Nahe Osten benötigt im Prinzip die kontinuierliche Entwicklung einer friedlichen Koexistenz, aus der dann eines Tages gute Nachbarschaft werden könnte. Es gilt dort anzuknüpfen, wo man nach dem Oslo-Prozess schon war und der zum Frieden mit Ägypten und Jordanien führte. Syrien ist aufgefordert, eine konstruktive Rolle in dem Konflikt einzunehmen und die offenen Fragen mit Israel und auch mit dem Libanon zu klären.

Das Präsidium der SPD hat am 18.8.2006 eine Erklärung verabschiedet, in der hervorgehoben wird, dass ein politisches Gesamtkonzept für den Frieden in Nahost notwendig ist. Ziel dieses umfassenden Gesamtkonzepts muss es unter anderem sein, Israel sicherer zu machen, den Libanon in seiner Staatlichkeit zu stärken und den Palästinensern zu ermöglichen, in ihrem eigenen, überlebensfähigen Staat friedlich mit seinen Nachbarn zu leben.

Eine erfolgreiche Umsetzung der UN-Resolution 1701 liegt auch in unserem außen- und sicherheitspolitischen Interesse. Deshalb ist es richtig, dass Deutschland seine prinzipielle Bereitschaft bei den Vereinten Nationen angezeigt hat, einen Beitrag hierzu leisten zu wollen.

In den letzten Tagen hat sich die Diskussion bei uns über mögliche Beiträge Deutschlands zur Konfliktregelung im Libanon insbesondere auf die Frage der militärischen Beteiligung Deutschlands an der Friedenstruppe im Libanon (UNIFIL) konzentriert. Hierbei wurden in unverantwortlicher Weise auch wilde Spekulationen in die Welt gesetzt.

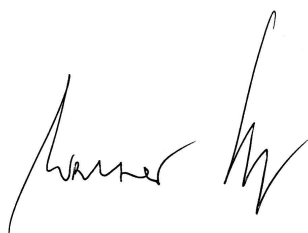
Die Bundeskanzlerin hat die Öffentlichkeit inzwischen unterrichtet, dass die Bundesregierung beabsichtigt, den Vereinten Nationen einen Beitrag zur Umsetzung der Resolution 1701 anzubieten. Im Vordergrund stehen dabei humanitäre Hilfsleistungen, Leistungen des Wiederaufbaus und Beiträge zur Seeraumüberwachung. Es ist ausdrücklich nicht geplant, dass deutsche Bodentruppen mit Kampfauftrag zur Verfügung gestellt werden. Ebenso wenig ist vorgesehen, dass die Bundespolizei die Sicherung der libanesischen Grenze übernimmt. Dies bleibt Aufgabe der libanesischen Regierung.

Eine endgültige Entscheidung der Bundesregierung über den deutschen Beitrag wird erst dann fallen können, wenn der Abstimmungsprozess bei der UNO über die Ausgestaltung des Auftrages von UNIFIL abgeschlossen ist und die Rahmenbedingungen für einen deutschen Beitrag klar sind. Voraussetzung für einen deutschen Beitrag sind die Zustimmung der Konfliktparteien und der Beschluß des Bundestages.

Keiner in der SPD-Bundestagsfraktion wird es sich bei den anstehenden Entscheidungen leicht machen. Hier ist jede Abgeordnete und jeder Abgeordnete ganz persönlich und politisch gefragt, zu einem Meinungsbild zu gelangen.

Ich hoffe, Ihnen mit diesen Informationen dienlich gewesen zu sein.

Mit freundlichem Gruß

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Kolbow' followed by a stylized flourish.

Walter Kolbow, MdB